



Landeselternkonferenz NRW

Herrn
Minister Dr. Ingo Wolf
Innenministerium NRW

40190 Düsseldorf

Vorstand:
Eberhard Kwiatkowski
Beate Limbrock
Hans-Joachim Remscheidt
Susanne Guschnieder
Angela Lehmenkühler

Offener Brief

Geplanter Kommunalwahltermin in NRW am 30. August 2009

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wolf,

wie wir vielen Rückmeldungen von Eltern in den uns angeschlossenen Stadtschulpflegschaften entnehmen, sind umfangreiche Diskussionen bzw. Irritationen bezüglich des vom Innenministerium geplanten separaten Kommunalwahltermins am 30. August 2009 entbrannt.

Vor dem Hintergrund, dass Eltern gegenüber - bei deren Einforderungen von dringenden Verbesserungen im Bildungsbereich, hier speziell durch Einsatz von höheren finanziellen Ressourcen - ablehnende Bescheide wegen fehlender finanzieller Mittel zugehen, können diese selbstverständlich kein Verständnis für das Verhalten des Innenministeriums im Bezug auf immense Ausgaben für einen separaten Wahltermin für die Kommunalwahlen aufbringen.

Auf die Kommunen kommen, wie es heißt, Kosten in Höhe von ca. 42 Mio. Euro für die Durchführung der Kommunalwahlen zu. Würde man diese mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 zusammenlegen, könnten erhebliche Kosten gespart werden, z. B. u. a. bei den Personalkosten, da nur einmal Personal eingesetzt werden müsste.

Eltern müssen immer wieder mit ansehen, wie schnell die Bundes- bzw. Landesregierungen finanzielle Mittel auftreiben können, wenn es z. B. darum geht, Missmanagement bei Banken aufzufangen oder - bei Sicht von außen - Gelder geradezu verschwendet werden; die Bereitschaft, in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, die gleichzeitig auch die Zukunft der deutschen Wirtschaft ist, jedoch an vielen Stellen fehlt.



Eltern ist sicherlich bewusst, dass Gelder für das Eine oder das Andere aus verschiedenen Haushalten fließen und diese nicht miteinander verwoben werden können, aber der subjektive Eindruck von Verschwendung von öffentlichen Geldern führt bei ihnen zu Unverständnis und Unmut.

Wir appellieren aus diesem Grund an Sie, den Entschluss des Innenministeriums unter den oben genannten Aspekten noch einmal gründlich zu überdenken.

Es kann kein Argument sein, dass den Bürgermeistern der Kommunen im Falle einer Zusammenlegung der Kommunal- und Bundestagswahlen die ihnen zustehende Aufmerksamkeit geringfügiger ausfallen könnte, zumal viele Kommunen aus Kostenersparnisgründen ebenfalls für eine Zusammenlegung plädieren. Schließlich befinden sich heutzutage viele Kommunen im Haushaltssicherungskonzept, zumindest müssen sie sehr sparsam haushalten, um kommunal interne wichtige Investitionen überhaupt bewerkstelligen zu können. Das sollte bei den Überlegungen berücksichtigt werden.

Außerdem können wir sicherlich davon ausgehen, dass die Wahlbeteiligung im Falle einer Zusammenlegung der Wahlen für die Kommunen erheblich höher ausfallen wird als bei einer Separierung.

In der Hoffnung, dass Sie in den Zeiten der derzeitigen Weltwirtschaftskrise bereit sind, Zeichen zu setzen und im Sinne von Sparsamkeit mit gutem Beispiel voran zu gehen verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Beate Limbrock
Stellvertr. Vorsitzende Landeselternkonferenz NRW